

Ramona Christen, Anika Schwenk

Der Vorsorgeauftrag als Instrument zur Selbstbestimmung

Ein Auftrag der Sozialen Arbeit?

Abstract

Die vorliegende Bachelor-Thesis hat den seit 1. Januar 2013 in Art. 360 bis Art. 369 ZGB verankerten Vorsorgeauftrag zum Gegenstand. Der Vorsorgeauftrag ermöglicht es, Vorkehrungen für den Fall einer Urteilsunfähigkeit zu treffen, indem Vertretungslösungen in den Bereichen der Personensorge, Vermögenssorge und dem Rechtsverkehr benannt werden. Welche Bedeutung der Vorsorgeauftrag in der Praxis des Erwachsenenschutzrechts heute bereits erlangt hat, ist fraglich. Erste Untersuchungen zeigen, dass im Kanton Bern seit der Einführung zahlenmässig wenige Vorsorgeaufträge validiert wurden. Im Rahmen der Bachelor-Thesis wird untersucht, wie und durch wen die Bekanntmachung des Vorsorgeauftrags gefördert werden kann, welche Hürden sich bei der Bekanntmachung allenfalls stellen und wo Handlungsbedarf besteht. Ausserdem wird der Frage nachgegangen, inwiefern die Soziale Arbeit diesbezüglich einen Auftrag hat.

Die Beantwortung der Fragestellung erfolgte anhand einer theoretischen Auseinandersetzung sowie einer empirischen Untersuchung. Zur Datenerhebung wurden standardisierte Fragebögen an die zwölf Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden des Kantons Bern gesandt. Die Auswertung konnte mit Antworten aus acht retournierten Fragebögen vorgenommen werden. Zudem wurden Leitfadeninterviews mit Expertinnen durchgeführt. Damit die Fragestellung aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet werden konnte, wurde eine Sozialarbeiterin sowie eine Notarin interviewt. Beide Expertinnen kommen in ihrer Berufspraxis regelmässig mit dem Vorsorgeauftrag in Berührung.

Die Ergebnisse zeigen, dass der Vorsorgeauftrag dem beabsichtigten Ziel des Gesetzgebers, die Selbstbestimmung zu fördern, gerecht wird. Bei der Bekanntmachung des Vorsorgeauftrags wurden diverse Hürden eruiert. Gemäss den Befragten besteht in der Bevölkerung ein Informationsdefizit bezüglich den gesetzlichen Vertretungsrechten und den Möglichkeiten des Erwachsenenschutzrechts allgemein. Handlungsbedarf lässt sich in erster Linie bei der weiteren Bekanntmachung und Aufklärungsarbeit erkennen. Für die Soziale Arbeit zeichnet sich aufgrund des Professionsverständnisses ein klarer Auftrag ab, insbesondere die Förderung der Selbstbestimmung und der Wahrnehmung der eigenen Rechte begründen die weitere Bekanntmachung des Vorsorgeauftrags durch die Profession der Sozialen Arbeit.

Erscheinungsjahr: 2017

Seitenzahl: 107

ISBN-Nr.: 978-3-03796-621-1

Elektronisches Buch: Kostenlos. Bestellung: www.soziothek.com

Die Studie erscheint in der Schriftenreihe Bachelor-Thesen des Fachbereichs Soziale Arbeit der Berner Fachhochschule BFH. In dieser Schriftenreihe werden Bachelor-Thesen publiziert, die mit Bestnote beurteilt und zur Publikation empfohlen wurden.